



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 41
13.10.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 32 % bzw. 31 %, SPD bei 21 % bzw. 20 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen deutlich; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	--

Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
--------------------------	---

Wichtigste Themen:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	32 (-)	31 (-1)	31 (-1)	32
SPD	20 (-)	21 (-1)	21 (-)	20
FDP	11 (-)	11 (+1)	11 (+1)	11
DIE LINKE	9 (-1)	10 (-)	10 (-)	10
B'90/Grüne	11 (+1)	10 (+1)	11 (-)	10
AfD	12 (-)	12 (-)	12 (-)	11
Sonstige	5 (-)	5 (-)	4 (-)	6
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	05.-11.10.	10.-12.10.	09.-11.10.

Die Union liegt bei forsa 12 (-), bei infratest dimap 12, bei Emnid 10 (-) und bei FG Wahlen 10 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Da die letzte Erhebung der Sonntagsfrage von infratest dimap vor der Bundestagswahl stattgefunden hat, ist es nicht sinnvoll, hier Veränderungen zur letzten Vorwählerhebung anzugeben.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	49 (-)
Schulz	21 (-1)
keinen von beiden	30 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 28 (+1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

92 % (-) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 1 % (-1) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 66 % (-5) für Schulz und 20 % (+5) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.10.2017)

² im Vergleich zur KW 39

Problemlösungskompetenz

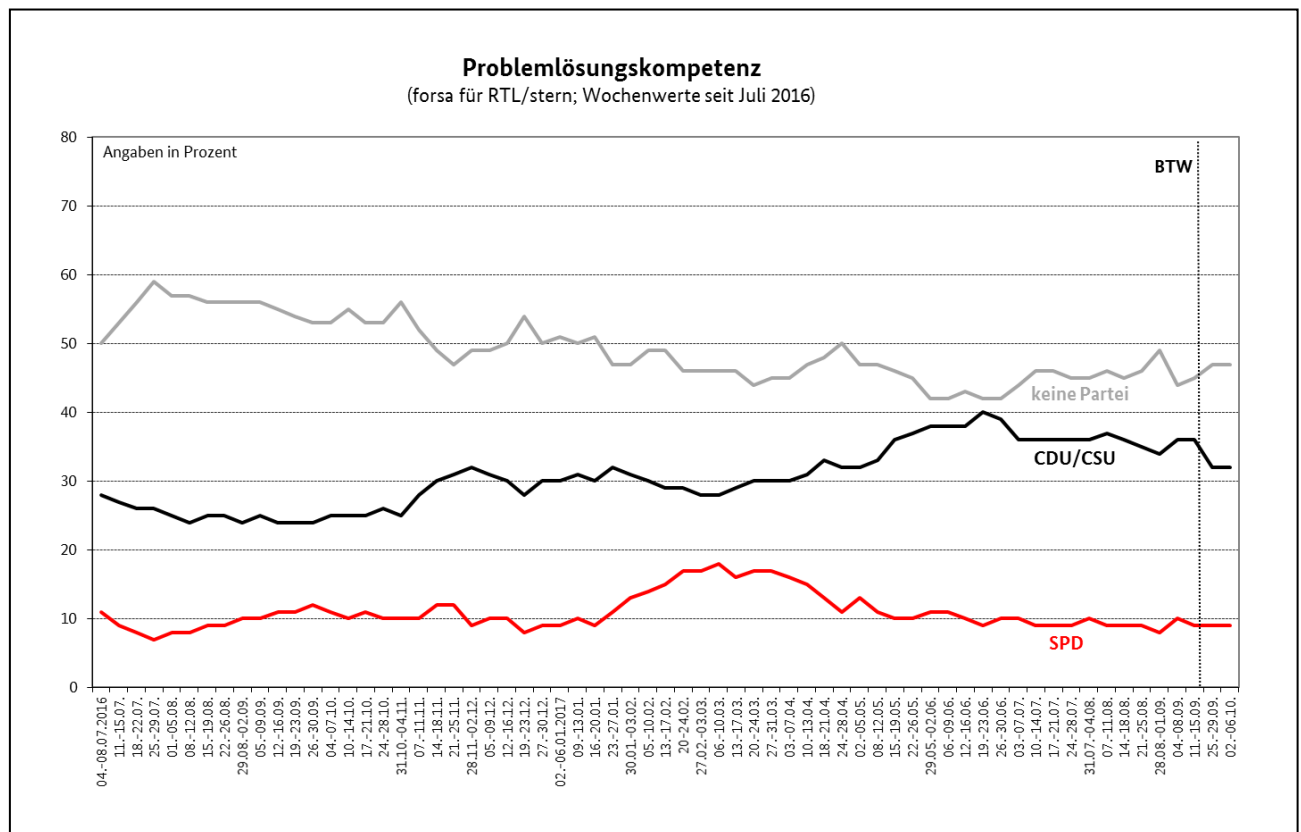
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	32	(-)
SPD	9	(-)
sonstige Parteien	12	(-)
keine Partei	47	(-)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 23 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

47 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

77 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 36 % (-8) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-2)	28 (+2)	1 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	61 (-1)	33 (-)	3 (-1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-2)	37 (-)	4 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (+1)	38 (-2)	5 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	54 (-)	40 (-1)	4 (-)	0 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (+4)	41 (-5)	5 (-1)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-3)	43 (+1)	4 (-3)	4 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (+3)	43 (-2)	10 (-1)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (+2)	45 (-3)	8 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (-2)	42 (+1)	12 (-)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	34 (-6)	46 (+2)	13 (+1)	4 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (-3)	46 (+3)	13 (-2)	4 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+1)	49 (-4)	13 (+2)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	32 (-)	45 (-)	16 (-3)	3 (-)
neue Technologien fördern	30 (-1)	54 (+2)	13 (-1)	2 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	30 (-1)	51 (-)	15 (-1)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	27 (+4)	50 (-3)	19 (-1)	2 (-1)
für Preisstabilität sorgen	24 (+1)	57 (-)	14 (-3)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	24 (-3)	57 (+4)	15 (-1)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (-3)	55 (+3)	17 (-2)	4 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (-)	59 (+3)	15 (-3)	2 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-10.10.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (76 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (89 %) und der Grünen (87 %) als sehr wichtig angesehen. Anhänger der AfD (56 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Ostdeutschen (68 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (72 %), der SPD (69 %), der Union und der AfD (jew. 66 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (66 % zu 56 %), über 40-Jährige häufiger als unter 40-Jährige (68 % zu 48 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (66 % zu 54 %). Anhänger der Grünen (53 %) und der FDP (56 %) betrachten die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Oktober 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2017

Erhebung für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	75 (+10)	17 (-10)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	74 (+8)	18 (-9)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+1)	22 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	64 (+4)	31 (-4)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-1)	32 (-)
für Preisstabilität sorgen	62 (-1)	29 (-1)
neue Technologien fördern	61 (-3)	30 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (+4)	37 (-2)
Staatsschulden begrenzen	59 (+2)	31 (-2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	58 (+3)	38 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+4)	39 (-5)
Verbraucherschutz stärken	53 (-2)	38 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	52 (-)	42 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	50 (-4)	43 (+4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (-2)	44 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+1)	46 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-)	47 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	42 (-)	53 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	34 (-4)	60 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-5)	61 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (-3)	62 (+2)
Erhebungszeitraum	04.-10.10.2017	

In 14 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (75 %) und im Ausland (74 %), bei welchen sie einen Zuwachs von 10 bzw. 8 Prozentpunkten verzeichnet, sowie für die Wirtschaftspolitik (70 %).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

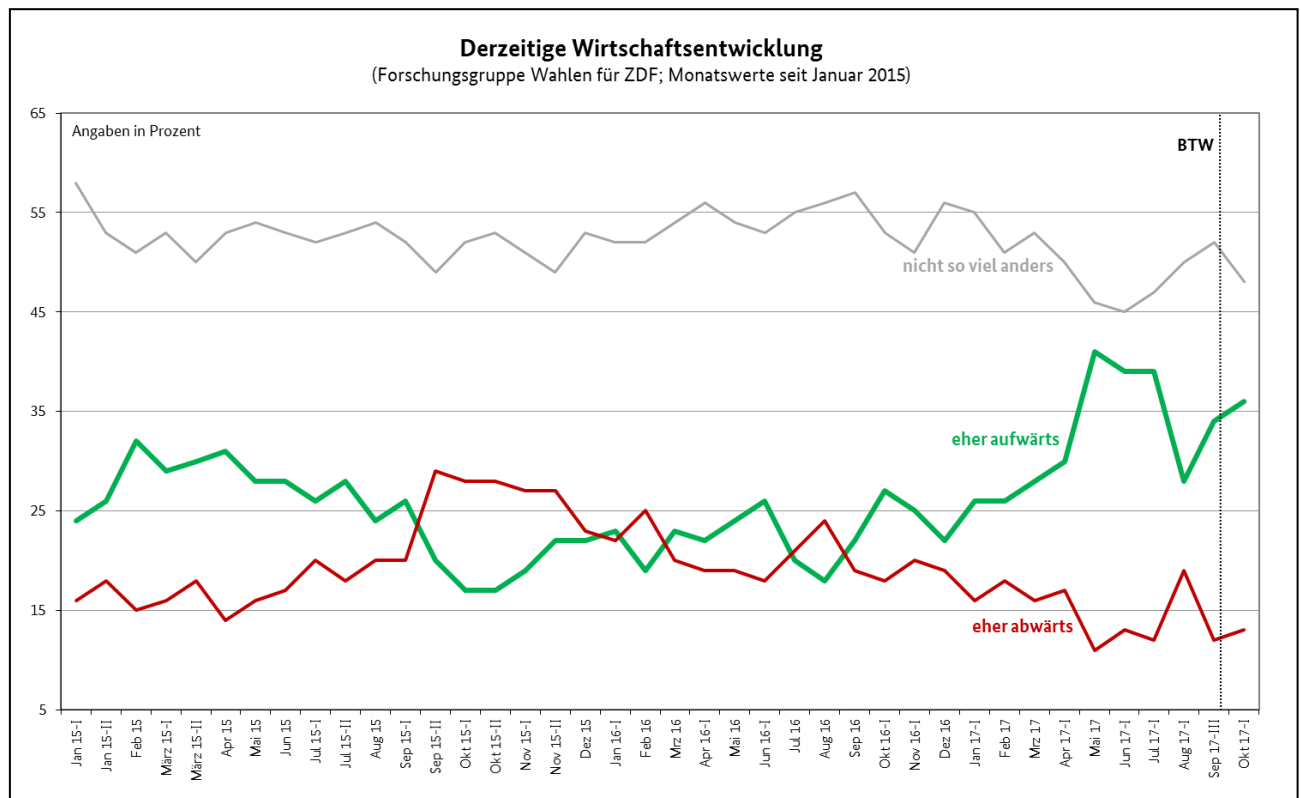
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	36 (+2)
eher abwärts	13 (+1)
nicht so viel anders	48 (-4)
Erhebungszeitraum	10.-12.10.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 37 kaum verändert.

Anhänger der Union (44 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der Linkspartei (20 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



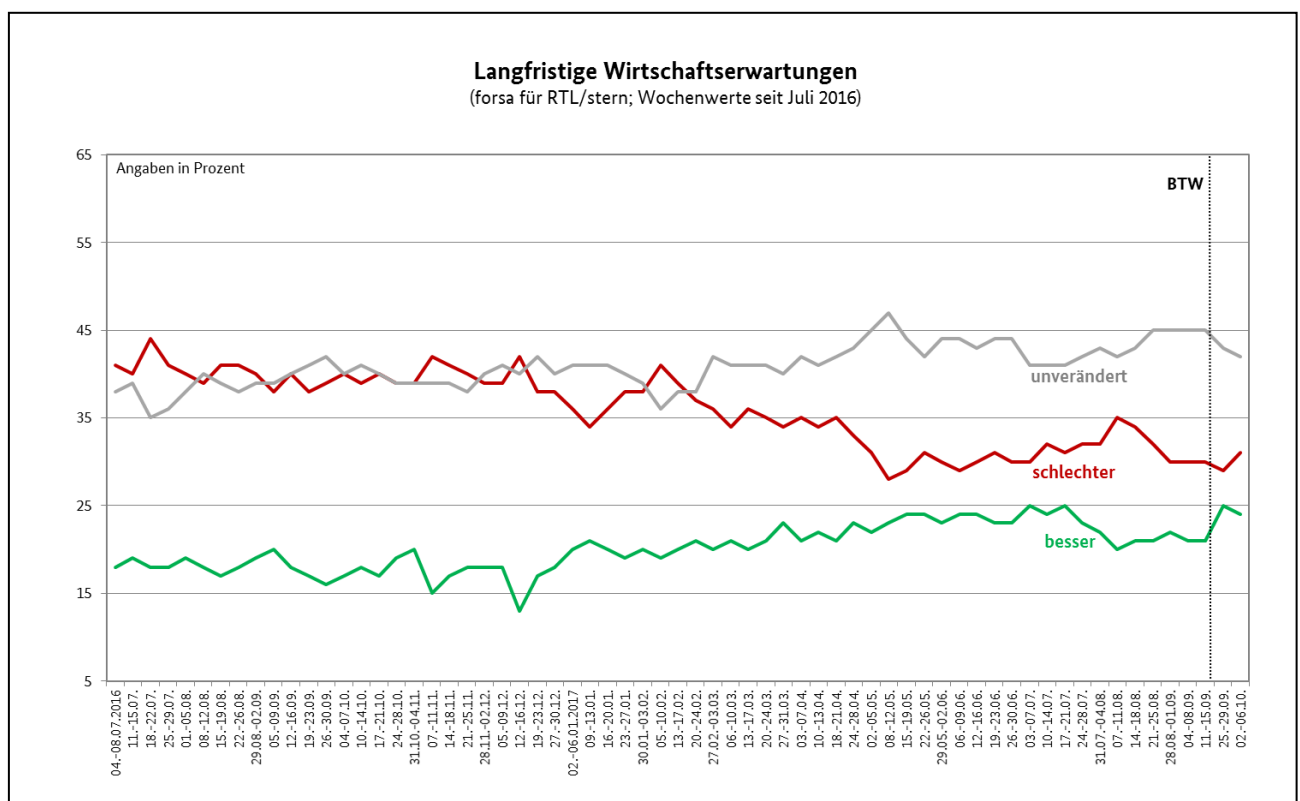
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	24	(-1)
schlechter	31	(+2)
unverändert	42	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 7 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	18	(-2)
schlechter als vor einem Jahr	13	(-)
genauso wie vor einem Jahr	68	(+2)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (35 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 12 %).

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	24	(-1)
in einem Jahr schlechter	11	(+1)
ungefähr so wie jetzt	63	(-)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (44 % zu 9 %).

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	49	(+1)
zurzeit eher ungünstig	42	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (65 % zu 32 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (56 % zu 37 %) und Männer häufiger als Frauen (53 % zu 44 %). Auch 45- bis 59-Jährige (54 %) sind überdurchschnittlich oft dieser Meinung.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
eher optimistisch	51	(-1)
eher pessimistisch	27	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.10.	

Gutverdiener (61 %), Personen mit hoher formaler Bildung (57 %) und Männer (56 %) glauben mehrheitlich, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Geringverdiener (35 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (34 %), 30- bis 44-Jährige und Ostdeutsche (jew. 32 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	26 (+17)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	24 (+7)
Referendum über Unabhängigkeit Kataloniens	9 (+6)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (-2)
Erhebungszeitraum	09.-11.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung und mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik".

Unter 35-Jährige (32 %) sowie Anhänger der Union (33 %) und der FDP (31 %) nennen die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung überdurchschnittlich häufig. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (34 % zu 18 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (32 % zu 14 %). Anhänger der AfD (14 %), der SPD (19 %) und der Linkspartei (21 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Gutverdiener (29 %) und Anhänger der AfD (50 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (29 % zu 19 %). Anhänger der Grünen und der FDP (jew. 17 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

